

Der Kaiser spielte auf die Soldaten der Japaner an und klagte aus, daß sie geboren seien aus der japanischen Vaterlands- und Rindselbe, die wieder eine herrliche Mannes- sucht zur Folge hätten in Meer und Marine. Man dürfe aber aus den japanischen Siegen — den Siegen eines beidseitigen über ein christliches Volk — nicht den Schluß ziehen, daß Buddha unserm Herrn Christus über sei. Wenn Ausland geschlagen wurde, so liege das zum großen Teile seiner Schuld daran, daß es mit dem russischen Christentum sehr rauh umgekehrt sein müßte, die Japaner aber viele christliche Tugenden annehmen ließen. Ein guter Christ, der Kaiser — bezweifle, ob wir Deutsche im Falle eines Krieges das Recht hätten, Gott um den Sieg zu bitten, ihm den besten im Gebet anzuwenden. Die Japaner seien wie dem Engel. Die Japaner waren eine Gottesgeißel wie einst Ägypten und Babylon. An uns sei es, dafür zu sorgen, daß Gott uns nicht einmal auch mit einer solchen Geißel schütigen müsse.

Wie man bemerkt, sagt Wilhelm II. das Problem des Krieges als viel komplizierter auf, denn sein Vater, der alte Fritz, der einfach meinte, daß der liebe Gott immer bei den härteren Parteilassen sei. Jedes dürfte sich die Vorteile des Krieges ausrechnen können, infolgedessen man ihn den Schluß ziehen dürfte, daß die Vernehmung christlicher Frömmigkeit eine Herabminderung der bestehenden Verhältnisse ermöglichen würde. Ein solches Christentum, das die Aufgaben und Pflichten der Kriegsführung vermindert, würde jeder Deutsche gerne kennen, wenn man nur genau wüßte, wie es beschaffen wäre. Der äußerlich getragene Frömmigkeitsdienst blüht in seinem Lande so sehr wie gerade in England, und infolgedessen als der arme Nikolai hat auch Jakob nicht gebetet, als er mit dem Engel rang. Wenn aber himmelwärts die christlichen Tugenden, über die die japanischen Soldaten verfügen, unabhängig sind vom christlichen Glauben, so ist sehr zu erwägen, ob der Religion anstehen der Volkstümlichkeit nicht als überflüssiger Ballast sofort abzuschaffen sei. Jedes scheint es sehr zweifelhaft, ob der Kaiser den Japaner mittels christlicher Tugenden zugänglich hat, da man doch unmöglich durch christliche Tugenden die „Gottesgeißel“ werden kann, die die Japaner sein sollen. Auffällig ist auch, daß der Kaiser Attila, den Guntentogun, diesmal als Schwedisch gezeichnet haben soll, den er ja in einer früheren Wilhelmshavener Rede den ausziehenden Chinastriegern als Vorbild empfahl.

Nicht weniger merkwürdig ist, daß sich der Kaiser in so abfälliger Weise über zwei Staaten ausgesprochen haben soll, die er erst kürzlich in zwei ihrer Vertreter mit dem Orden pour le mérite ausgezeichnet hatte. Und am aller merkwürdigsten ist es, daß Wilhelm II. von dem Wohlstand der Niederlande Niederlage gesprochen haben soll. Und dadurch, daß er die Niederlande verlor, daß dem deutschen Volke das rechte Christentum verloren gegangen sei. Schließlich, wenn die Niederlande, die unter Siegen oft nicht minder blühen müssen als unter Niederlagen. Sollte also Wilhelm II. doch der Meinung zuneigen, daß der russische Zar für sein Verhalten dem Volke gegenüber himmlische Strafen vernimmt habe? Dann wäre ja am Ende auch die russische Revolution gleich den Japanern eine „Gottesgeißel“, und ihre Führer wären Volltreiber eines göttlichen Willens.

Man sieht, daß der Kommentator, die dieser seine Zeit einer Kaiserrede zuzuschreiben ist, sehr unglücklich abgemittelt wird man ihnen ein Ende machen, indem man die Rede — dementieren wird.

Tagesgeschichte.

Salle a. S. 9. Mai 1905.

Enttüllung über den Tod Ludwig II.

Eine interessante Enttüllung enthalten die von dem Herrn. Volkler in Berlin erschienenen Memoiren des Freiherrn v. Hammerstein. Auf Grund von Aufzeichnungen eines Arztes, der sofort nach dem Tode Ludwig II. nach Bayern gereist ist, um Klarheit über den dunklen Todesfall zu erhalten, wird mitgeteilt, daß Ludwig II. nicht Selbstmord verübt hat, indem er sich im Starnberger See ertränkte, sondern daß er einen Selbstmord unternahm und dabei zugrunde ging. Zwei Boote sollten ihn von Schloß Berg abholen. Er wartete jedoch die Ankunft der Boote nicht ab, sondern verließ das Schloß um eine Viertelstunde zu früh und wollte den Booten im Wasser entgegengehen. Der alte Vattenboden auf dem Seezug und das hier verwehende Wasser veranlaßten ihn, nach links abzuweichen. Hier ist es im Wasser zwischen Ludwig und dem Krize. Gudde zum Hängen gekommen, bei dem beide schließlich hängen und ertranken, weil sie ihre Hände nicht von dem Hängen loshaben konnten. Das Ereignis trug sich am Pfingstsonntag (13. Juni) 1886 zu.

Als gestraft wurde Ludwig erklärt und nach Schloß Berg gebracht, weil er mit der Familie Orleans einen Vertrag abgeschlossen hatte, nach welchem ihm eine große Anleihe zu gestiftet wurde, deren er bei seinem gerüttelten Finanzverhältnis bedürfte, während er für Bayern bei einem deutsch-französischen Kriege Neutralität zusicherte. — Der Verschwörung, welche seine Verletzung aus Schloß Berg bezweckte, sollen auch Münchener Studenten angehört haben. — Die Darlegung klingt durchaus glaubwürdig und deckt sich in vielen Punkten mit dem, was bereits erzählt worden ist.

Rückkehr in die preussische Freiheit.

Der Redakteur des Vorwärts Genosse Veli ist am Sonntag nach einjähriger Haft aus dem Zeller Strafgefängnis nach Berlin entlassen worden. Die Konventionen vorzubereiten hatte die vorzügliche Polizei Leid gleich am frühen Morgen nach der Polizeidirektion auf dem Alexanderplatz geschickt, nicht wie es früher mit seinen Kollegen geschah, im grünen Wagen, sondern in einer Droschke. Nichtsdestoweniger fanden sich beim Zeller Gefängnis Laufende ein, die das Opfer des „Kaiserinselfprojektes“ bei seinem ersten Schritte in die Freiheit begrüßen wollten.

In der langen Geschichte der Vorwärts-Prozesse nahmen jene, denen Genosse Veli seine Verurteilung verdankt, eine besondere Stelle ein. Erst in späterer Zeit wird die Geschichte genau erzählt werden können, aus welchen Gründen einem ehrlichen Mann in Preußen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ein Jahr eines Lebens gemüht werden konnte. Das Gefühl der Massen, welches einen ganz besonders gearteten Zustand des Verlust seiner Freiheit verdanke, hat die Wärrer des Empfanges, der ihm bereitet wurde, über das gewöhnliche Maß hinaus gehiegt. Led wird nach einem Erklärungs- urlauf, den er sehr nötig hat, seine Kletter wieder antreten, darunter auch das Stadtparlement, in das ihn, nachdem es ihm durch Richterpflicht aberkannt worden war, der Spruch der Wähler wieder zurückberufen hat.

Bernererforer in Berlin.

Unser ökonomischer Genosse Engelbert Bernerforer, dem in Frankfurt a. M. die preussische Polizei und auf deren Geheiß in Offenbach die heilige Polizei das Reden verbat, hat am Sonntag abend in einem der größten Säle Berlins vor einem tausendköpfigen Arbeiterpublikum eine andertthalb- stündige Rede gehalten. Die freie Volkshilfe hatte ihn als Festredner für ihre Schillerfeier genommen, und obwohl die Tatsache in den Zeitungen bekannt gegeben war, fand es die Polizei nicht angeeignet, die Frankfurter Manöver zu wiederholen. Sie beschränkte sich darauf, zur Verlesung des staatsgefährlichen Redens einen Verbot und einen Wachmeister zu entsenden, die sich während der Rede eifrig Notizen machten und nach ihrer Beendigung, als die ersten Klänge der neunten Symphonie Beethoven's emporsieften, sich von den Geisern Schillers und Beethovens schleunigst verabschiedeten. Bernerforer reiste völlig unbefristet nach Wien zurück, wo er am Sonntag gleichfalls als Festredner bei einer Schillerfeier aufgetreten ist.

Es ist traurig und komisch zugleich, über das Selbstver- ständnis, als ob es etwas ganz Besonderes wäre, berichten zu müssen. In Berlin darf also auch ein politisch misliebiger Arbeiterführer eine Rede halten, Friedrich Schiller halten sollte am Ende der preussischen Polizei die Erkenntnis auf- dämmern, daß es gemeinsame geistige Angelegenheiten der Nation und der ganzen Menschheit gebe, die alle trennenden Schranken der Grenze und der Staatszugehörigkeit verschwinden lassen? Oder war es nur die instinktive Angst vor einer riesengroßen Blamage, die dem Festredner der freien Volkshilfe die Polizei vom Saße hielt? Genug, Bernerforer hat am Sonntag in Berlin über das höchst staatsgefährliche Thema „Friedrich Schiller“ unbehelligt reden dürfen, während er vor ein paar Monaten über das viel harmlosere Thema „Die politische Lage in Preußen“ nicht reden durfte. Der gehör- liche Staatsbedenker mag annehmen, Friedrich Schiller halten zu dürfen, aber sicher in beiden Fällen gleich treffsinnige Gründe zu so verschiedenen Entscheidungen gelangt ist.

Ein dreister Schwindel.

In der Presse der westfälischen Provinzialzeitung wurde die Erhöhung der Kohlenpreise um 30 Pf. pro Tonne damit begrün- det, daß durch die neue Bergsteuergesetze den Grubenbaronen erhöhte Löhne aufgebürdet würden. Das ist nun erstens gar nicht der Fall, zweitens würden die angebliebenen erhöhten Löhne jetzt noch nicht eingetreten sein, drittens aber ist die Erhöhung, wie durch eine solchen in Düsseldorf erschiene Schrift nachgewiesen wird, bereits im Dezember er- befohlen worden, wo noch kein Streik und erst recht nicht die Bergsteuergesetze in Aussicht stand.

Das verächtliche Publikum sieht, wie led es angelegen wird.

Alle Mannschaften und Wehrten.

Aus Mey wird berichtet: Eine ungläubliche Arbeit gegen einen Rekruten sieden sich am 29. März 1905 die „alten Leute“ Musketiere Bierla, von den Tromm und Trompeter zu schulden kommen. Als der Rekrut Trüben Arbeiten für Bierla nicht verrichten wollte, wurde er abends nach Jaspentzheim im Heim auf die Stube des Bierla geholt und durch Aloppe- lisch in die Höhe genommen, in der Abende einen Schmelz zu kochen. Später wurde er durch Schloß verbracht, auf ein Spind zu klettern und dort dieselbe Prozedur mit zwei Schmelz zu machen. Nach der Rückkehr auf seine Stube sollte er „Parole melben“, das heißt, wie viel Tage die alten Leute noch zu dienen haben.“ Als er dies nicht konnte, mißhandelte ihn von den Tromm so unmenschlich, daß Trüben im Heim fortließ, sich in den Scheibenteiler kückte und hinter den Scheiben ein Versteck suchte. Aber auch hier spürten ihn seine hartbierigen Rekruten auf und prügelten ihn wieder nach oben, bis ein Musketier sagte: „Nun ist's genug!“ Trüben meldete sich krank. Man konstatierte bei der Untersuchung gegen 60 blutunterlaufene Striemen auf dem Rücken, es war kein Platz in der Größe eines Zehnmarschfußes am Rücken, welcher nicht mit Striemen bedeckt war. Das Urteil des Arztes lautet: Bierla und von den Tromm erkrankt in vier Monate Gefängnis, Trompeter drei Monate Gefängnis. Der Gerichtsherr legte gegen dieses Urteil Berufung ein, weil die Strafen in Anbetracht der bewiesenen Arbeit zu niedrig erschienen, der Angeklagte Trompeter, weil die Strafe zu hoch sei. Das Obergericht bestätigte jedoch jetzt das Urteil, rechnete aber Trompeter, der sich weniger be- deutend beteiligt hatte, einen Monat der erlittenen Unter- suchungshaft an. Die sonst beteiligten Musketiere waren mit Mittelstrafen von fünf bis drei Wochen für ihre abscheu- lichen Handlungen bestraft worden.

Die meisten der „alten Mannschaften“ waren Arbeiter, ehe sie in die Armee gingen und werden wieder Arbeiter sein, wenn sie den bunten Rock ausgenommen haben. Wann wird endlich die Zeit gekommen sein, wo ein Proletar im anbern noch kein seinen Lebensgefährten sieht?

Nach Caprivis Sturz soll dem Grafen Bocho Eulenburg, einem der schlimmsten Reaktionäre, das Amt eines Reichs- ansehers angeboten worden sein. Hans Voss erzählt in seinem soeben erschienenen Buche über den einstigen Oberpostdirektor der Kreuzzeitung, Freiherrn v. Hammerstein, dieser habe nach dem Sturz Caprivis eine Versammlung konservativer Notabeln ein- berufen und den Erschienenen erklärt, er komme soeben vom Grafen Eulenburg, dem das Amt des Reichsansehers an- geboten worden sei. Eulenburg wollte aber nur annehmen, wenn ihm die Unterthug aller Konventionen bei seiner Ab- sicht gewiß sei, das allgemeine Wahlrecht auf einige Jahre zu suspendieren. Hammersteins Bemühungen, die von ihm berufenen Journalisten und Politiker der äußersten Rechten für sein Programm zu gewinnen, seien jedoch gescheitert. Möglich ist das Erzählte schon, wenn auch nicht sehr wahr- scheinlich, da Eulenburg zugleich mit Caprivi abgeholt wird worden ist.

Nachmals vertrat werden soll der auf den 15. Mai an- dererorts abgeleitete Prozeß, der gegen den Vormars und die Welt am Montag angefangen worden ist. Dießmal wird schwere Erkrankung des Hauptzeugen und Nebenzeugers Geh. Obermedizinalrat Dr. Bar als Ursache bekannt gegeben.

Bei den Wahlen für das Berliner Kaufmanns- gericht erhielten die Deutschnationalen 3247 Stimmen, die Sozialdemokraten 2140 Stimmen, der Sozialdemokratverein von 1888 2742, die vereinigten Kaufleute 2109 und der Kauf- männische Hilfsverein 227. Als Beiziger wurden gewählt 31 Deutschnationalen, 20 von Berlin junger Kaufleute, Bank- beamten, Reisender Kaufleute, 21 Sozialdemokraten, 20 vom Verein deutscher Kaufleute und sieben vom kaufmännischen Hilfsverein.

Gewerhaltung ihrer Beschlüsse wurde von der Konferenz vereinbart, die Ende vor. Woche in Berlin sich mit der Reform

der Verrentenrate auf den deutschen Bahnen beschäftigt. Die Beschlüsse sollen jetzt von den einzelnen Regierungen begutachtet werden. Die Franz. Ztg. will erfahren haben, die Beschlüsse seien geeignet, die Grundlage für eine Verrenten- und Gepäc- tartreform zu bilden.“ Um das zu erfahren, braucht man nicht so erfahren zu haben.

Anlässlich des Geburtsfests des Zaren am 10. Mai wird in Wiesbaden an diesem Tage in Anwesenheit des Kaisers eine große Parade abgehalten und dann im Schloße ein Gala- diner gegeben werden.

Heber drei neuere Gelehrte, die der Verrenten liegen jetzt amtliche Meldungen vor. Danach wurden am 13. April bei Karlsruhe 7 Verrenten getötet und 1 Deutscher, 90 Stück Groß- hühner wurden erbeutet. Am 26. und 27. April wurden bei den Karasbergen 15 Gelehrte getötet, von den Deutschen fielen sechs Mann und 10 Frauen wurden verundet. Am 1. Mai fielen am Rattig 24 Verrenten; es wurden 500 Stück Großhühner und 2000 Stück Kleinvieh erbeutet.

Studenten und Studenten. Die von der Karlsruher Stadtenschaft abgeleitete Spalierbildung beim Eingange des Kaiserpalastes, wie jetzt wohl bekannt ist, darauf zurück- zuführen, daß beim vorjährigen Kaiserreise in Karlsruhe die Studenten zur Spalierbildung beim großherzoglichen Schloße bereits Aufstellung genommen hatten, als dort im letzten Augenblicke die Redden eingeschoben wurden, wodurch die Studenten von ihrem Plage befreit wurden. Da den Studenten nicht in genügender Form Genugthuung geleistet worden sei, hätten sie diesmal darauf verzichtet, an der Spalierbildung teilzu- nehmen.

1202 548 Invalidentrenten sind seit dem 1. Januar 1891 bis 31. März 1905 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kassenanstaltungen bewilligt worden. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 454 120, so daß am 1. April 1905 liefen 748 428 Renten gegen 734 975 am 1. Januar 1905. Die Zahl der während des Jahres Zeiträume bewilligten Renten betrug 430 187. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 287 974, so daß am 1. April 1905 liefen 142 213 gegen 145 466 am 1. Januar 1905. Invalidentrenten gemäß § 16 des Invalidentrentengesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt 45 530. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 27 644, so daß am 1. April 1905 liefen 17 886 gegen 16 977 am 1. Januar 1905. Beitragsentlassungen sind bis zum 31. März 1905 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1 240 069, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidentrentengesetzes geworden sind 2970, c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 270 427, zusammen 1 513 475.

Staatsgefährliche Turnerei. Die Regierung zu Koblenz hat den rheinischen Polizeibehörden bekannt, sozialdemokratische Agitatoren gründeten in zahlreichen Städten des Rheinlandes neuerdings wieder unter der Maske von Turnvereinen und Jugendbünden Vereinigungen, in denen die jugendlichen Mit- glieder „nach allen Regeln sozialdemokratischer Agitationskunst bearbeitet und sozialdemokratischen Anschauungen gewonnen werden.“ Die Gründung solcher Vereine solle möglichst ent- gegengewirkt werden. — Die Arbeit können sich die Herren rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ausbauen, wird die Sozialdemokratie stets neue Anhänger gewinnen mit und ohne Vereine, und mit und ohne Erlaubnis der Polizei.

Im Präsidenten des Reichsgerichts soll nimmlich doch der Unterstaatssekretär Freiherr v. Sekendorf vorgeschlagen werden, dessen Ernennung vor acht Tagen bereits gemeldet, dann aber demittiert wurde.

Inland.

Frankfurt. Der Rüdritzer Decassé wird, wie die Humanität vom Sonntag mitteilt, dennoch in der nächsten Zeit erwartet. Die Spannung zwischen dem Ministerpräsidenten und Decassé habe sich in den letzten Tagen verhärtet.

Der Kammlatt-Prozeß hat am Montag in Paris begonnen. Die Zahl der Zeugen, welche bis jetzt geladen sind, betragen 22. Lamburini und Bolpert sind angeklagt. Verhöre zur Bildung eines Komplotts gemacht zu haben. Die übrigen Angeklagten werden sich wegen rechtswidrigen Besitzes von Kriegswaffen und Munition zu verantworten haben. Der erste Verhandlungstag wurde mit Verlesung der Anklageschrift und Bestimmung der Personalien der Angeklagten ausgefüllt.

In Limoges herrscht noch immer große Erbitterung gegen das Militär und gegen einige besonders misliebige Fabrikanten. Kurzzeit liegen über die Situation nur Berichte der offiziellen Zeitschriften. — Auch in Saint-Vel bei Vnon, wo sich streikende Bergarbeiter zu ununterbrochenen Handlungen haben hinziehen lassen, ist die Lage kritisch, weil die Grubenbarone Militär requiriert und dadurch die Bergleute erst recht erbittert haben.

Belgien. Ein Arbeiterinnen-Schutzgesetz, welches recht erhebliche Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen ent- hält, wird soeben verabschiedet. Dieses Gesetz unterlagt die Nachtarbeit für Arbeiterinnen jeden Alters und in allen Be- trieben. Als Nacharbeit gilt vom 1. April bis 1. Oktober die Beschäftigung von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr und vom 1. Oktober bis 1. April bis 6 Uhr morgens. Die Maximal- arbeitszeit für die Arbeiterinnen jeden Alters ist auf 10 Stun- den festgelegt. Weiter enthält das Gesetz eine große Liste, in- dem es die Hausindustrie von allen dieser Bestimmungen aus- nimmt. Die Rücksichtnahme auf die Hausindustrie geht sogar so weit, daß außer den Familien- Mitglieder noch bis zu fünf fremde Personen in einem solchen Klein-Betriebe beschäftigt werden können, ehe der betreffende Betrieb aus dem Reame eines hausindustriellen Betriebes herausfällt. Das Gesetz wird also zur Folge haben, daß zahllose Fabrikanten ihre Betriebsverhältnisse aufheben und in der Hausindustrie fabrizieren lassen werden, um auf diese Weise das Arbeiterinnen- Schutzes zu umgehen.

Amerika. Wegen die japanische Konkurrenz. Die Agitation der Arbeiter gegen die Japaner als gefährliche Kon- kurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird mit Eifer fortgesetzt. Einem scharfen Protest gegen die Anstellung von Japanern beim Bau des Panama-Kanals haben die organisierten Arbeiter von Kalifornien erhoben. Dem Präsidenten Roosevelt, der Panama- Kanal-Kommission und den Vertretern Kaliforniens im Kong- reß wurde der Protest zugestellt, ebenso vielen Zentralver- bänden von Arbeiterorganisationen, um deren Zustimmung

Das Internationale Bureau der Genossen Emile Vandervelde und den jetzigen Sekretär Camille Husmann zum Einigungs-kongress entsandt. Der französische Genosse wird für ihre Bereitwilligkeit, den Wünschen des Antierdamer Kongresses nachzukommen, die Anerkennung des Bureau's zuteil. Wenn es trotz der großen Klüfte, die zwischen den beiden Bürgeln bestand, zu einer Einigung gekommen sei, so lege dies Zeugnis ab für die große Selbstüberwindung und die brüderliche Gesinnung der beteiligten Genossen. Es heißt dann weiter, daß das Bureau sich verpflichtet erachtet, diejenigen Deputierten, welche nach nicht genehmigt seien, auf den Beschluß der französischen Genossen aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, diesen Beschluß zu folgen. Zudem das Exekutiv-Komitee die Initiative hierzu ergreife, folge es den Wünschen der internationalen Kongresse und des Internationalen Bureau's, die auch in dem Briefe des Genossen Bebel an den französischen Einigungskongress zum Ausdruck gekommen seien.

Ein neues Organ, L'Avant-Garde, ist in Paris erschienen; es bezieht sich auf sozialistisch-revolutionäre gewerkschaftlich. Unter den Redakteuren sind u. a. Hubert Lagardelle, Morier; unter den Mitarbeitern werden genannt G. Fichet, Antoine und andere Gewerkschafter. Als deutsche Mitarbeiter werden genannt: Robert Michels und Karl Liebknecht. Das neue Blatt soll namentlich für die Idee des Generalstreiks Propaganda machen. In einem redaktionellen Artikel vermahnen sich die Redakteure gegen den ewigen Bernart, Anarchisten zu sein. Das sie nicht der Fall, aber sie legen der Erwerbung der politischen Macht nicht so große Bedeutung bei, wie die parlamentarischen Sozialisten. Es wird dann die Meinung ausgesprochen, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, also die Gewerkschaften, dazu beitragen, die dominierende Stellung in der Arbeiterbewegung einzunehmen. Die parlamentarische Fraktion, die Abgeordneten und die Wahlkreise sollten lediglich die politischen Angelegenheiten der Partei der Arbeit, etwas Ähnliches wie das Arbeiter-Vereins-Komitee der englischen Trade-Unions sein.

Gewerkschaftliches.

In Bremen haben die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weier beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Achtung Metallarbeiter. In Witten dauern die Differenzen in der Metallindustrie fort. Es stehen jetzt über 700 Arbeiter im Auslande. Die Schneider in Nürnberg haben beschlossen, keine Streikarbeit für Gießen zu machen. Die Wäcker in Nürnberg stehen vor einem Kampfe, da die Weitzer ihre Forderungen nicht bewilligen. Der Tischlerstreik in Auenrade ist beendet. Die Forderungen der Weitzer wurden bewilligt. Der Banarbeitersstreik in Dören ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Ein Streik flüchtiger Arbeiter ist in Gießen ausgebrochen. Dort legten über 1000 Tagelöhner, darunter auch die Arbeiter der städtischen Kanalisation, den Arbeit wieder auf. Infolge dessen mußten die Kanalarbeiter eingestellt werden.

Der Streik der Weber in GutsMuths bei Rölln ging nach fünfwöchiger Dauer zu Ende. Der Deutsche und der „britische“ Textilarbeiter-Verein hatten sich zumgegenkommen, die die erbärmlichen Löhne ein wenig in die Höhe zu treiben. Als die Arbeiter sich voriger Woche mit einem lächerlich geringen Gehaltssteigerungs: 1-8 Proz. Vollerhöhung, nicht zufrieden gaben, erklärten sämtliche GutsMuths'sche Textilarbeiter, mit Ausnahme von Gebr. Reintzer, die sämtlichen Mitglieder der beiden Verbände, 700 an der Zahl, auszusperrten, wenn nicht in den beiden Fabriken die Arbeit aufgenommen werde. Die Kündigung hat dem auch am 2. Mai stattgefunden. Tags darauf übertrug sich die genannten beiden Firmen, genügend, einzulösen. Die übrigen Fabrikanten hatten Einsicht in die Vorkünder der beiden Firmen verlangt, und dabei wird man die von den Arbeitern behauptete Parodie bestätigt gefunden haben, daß diese beiden Firmen erheblich geringere Löhne zahlten, als die anderen, die ihnen durch die Aussperrung die Maschinen aus dem Feuer holen sollten. Die Firmen kamen den Arbeitern endlich mit annehmbarem Gehalten entgegen, und so wird auch die Aussperrung nicht stattfinden.

Der Kampf im rheinisch-westfälischen Brauergewerbe. Die Aussperrung der 50 Prozent Mitglieder des deutschen Brauerverbandes hat mit Ausnahme des streikenden Solingen in sämtlichen rheinisch-westfälischen Brauereien stattgefunden und zwar in Elberfeld, Barmen, Strefeld, Essen, Duisburg, Wülheim a. d. Ruhr, Dortmund, Bochum, Reel, Hagen, Hamm, Unna,örde, Juelich, Langendreer und einigen anderen Städten. In Düsseldorf sind die Brauer, ohne den Tag der Aussperrung abzuwarten, schon von Bier in den Verkauf gebracht. In Dortmund, Strefeld, Barmen, Herde u. a. haben sich die nicht ausgesperrten den entlassenen Brauerarbeitern angeschlossen und die Arbeit wiederaufgelegt. Dazu kommt der Bezirk Köln-Mülheim a. Rh., wo schon am 5. April sämtliche Organisierte ausgesperrt wurden. Die Gewerkschaften der sämtlichen genannten Städte haben als Antwort auf die Gewalttat des Brauerverbandes über alle Brauereien, 200 an der Zahl, den Verkauf verhängt. In einigen Städten haben die Nicht-Zuständigen sich den Vorposten angeschlossen. Die christlichen Gewerkschaften in Köln und Düsseldorf aber über Verbot an den verengsten Brauerarbeitern. In Düsseldorf zumal sind die Brauerarbeiters-Verband und die christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Zweck, von dem die verengsten Brauerarbeiters-Verband die katholische Arbeitervereine über die Aussperrung her, daß die Bier-Produzenten alle tolle Freude hatten. Der Düsseldorf Brauerverein hat die von dem christlichen Gewerkschaftsstellvertreterliche Erklärung, worin dieses unter schweren Anrufen auf die freien Gewerkschaften die Befolgung des Verbotens abtrotzt, als Flugblatt drucken lassen und in vielen Tausend Exemplaren auf Straßen des Ringes den Düsseldorf bürgerlichen Wägen betraut. Schandmachende Feinde und Verfolger des Staatsstrafrechtes der Arbeiter mit dem christlichen Gewerkschaftsstellvertreter in Arm!

Ausland.

Frankreich. Die Eisenbahnen des Seine-Obere, die drei Monate lang im Streik gestanden, haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Unternehmerverband, in dem die Schaarfrachter die Verdrängung ausübten, lehnte jede Verhandlung mit den Arbeitern ab. Nichtsdestoweniger haben eine ganze Reihe mittlere und auch größere Betriebe, gegenwärtigen heimlich, die Fortsetzung der Arbeiterarbeit. Und schließlich so kam ein teilweiser Sieg der Arbeiter konstatiert werden, auch die übrigen Betriebe hofft man bald zur Anerkennung der Forderungen zu zwingen, dies um so mehr, als die Organisation durch den Streik wesentlich gekräftigt worden ist.

Halle und Saalkreis.

Salle, 9. Mai.

Schillerfeier.

Nachmals sei auf die heute abend im Bellevue stattfindende Schillerfeier der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht. Es gilt hierbei durch zahlreiche Beweise zu beweisen, daß die Arbeiter auch Sinn haben für die ideale Seite ihres Freiheitskampfes, daß ihnen der Schiller mehr zu sagen hat, als der Schiller, den die Behörden und das Bürgerium feiern. In den Gefängen, die heute abend von den Mitgliedern des Arbeiterlängerbundes vorgetragen werden, spricht sich das Freiheits- und der Kampfesmut des arbeitenden Volkes in wuchtigen Tönen aus, während in der zur Aufführung gelangenden Musik-Szene aus Wilhelm Tell der revolutionäre Trotz und das Soldatensoldat in poetischer Verklärung erstrahlen. Genosse Maurenbrecher führte in der neuen Kammer der neuen Schillerfeier sehr treffend über die Mülli-Szene:

Die Poete der Mülli-Szene empfinden wir heute noch ganz unmittelbar. In ihr steckt Leben, das auch noch unser Leben ist. Solange es eine deutsche Arbeiterbewegung gibt, geben die Worte von der Tyrannemacht und von den wahren Rechten, die der Bedrückte sich zum Himmel herabholt, durch unsere Reihen. Das ist der Punkt, an dem auch der proletarische Schiller vertritt und Schiller empfindet. Die Teilnehmer an der Feier werden erstehen, sich pünktlich um die im Programm festgesetzte Zeit im Bellevue einzufinden, damit die Veranstaltung mit Mülligkeit auf den morgenden Arbeitstag nicht allzu spät ihr Ende finde. Daß während der Vorträge, wie auch während der Feste, der Reaktionen und der Aufführung mögliche Ruhe herrschen muß, ist selbstverständlich. Auch ist bei unserer Schillerfeier zu beachten, daß sie von Arbeitern für Arbeiter veranstaltet wird, daß sie also nach der ästhetischen Seite hin weitlich nicht mit den Veranstaltungen, die mit höchsten Gedenken und von Berufsämtern ausgeführt werden, konkurrieren kann. Aber wenn auch die Schillerfeier der Arbeiterschaft nach ihrer äußerlichen Seite hin mit den offiziellen Feiern nicht gleichen Schritt halten kann, dem Geiste Schillers wird sie sicher mehr entsprechen. Dazu müssen sowohl die Mitwirkenden wie auch die Besucher beitragen.

Gleichzeitig sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Sonntag eine Schiller-Nachfeier im Bellevue stattfinden wird, bei welcher von der dramatischen Abteilung des Arbeiter-Bildungs-Vereins das Schauspiel aus Schillers Jugendzeit, Die Karlschüler, zur Aufführung gelangt.

In Lauchstädt gab sich die Leute von Weis und Bildung, denen die Schillerfeier mehr Modische als inneres Bedürfnis ist, am Sonntag ein trauriges Stelldichein. Man bezahlte für die Plätze in dem dortigen Theater bis zu 10 Mk. und konsumierte mit Verdringung, das das Haus ausverkauft war. Mit man auch jeden Idealen jagte ab und beschränkt man den Wert einer solchen Feier darauf, welche hohen und höchsten Verhältnissen dem Tage durch ihr gnädiges Erscheinen das festliche Gepräge geben haben, so kann man doch von sich sagen: Man ist dabei gewesen! Und das ist die Hauptsache. Dabei gewesen sind nämlich sehr viele, die der Freiheit — keine Gabe haben und die den Dichter des Teil seines Vieles würdigten, lebte er heute noch unter ihnen. Aber der gute Mann ist ja 100 Jahre tot, also feiern wir ihn. Nach der Aufführung von Kabale und Liebe durch das Halle'sche Schauspiel-Ensemble, die durch einen recht gehaltenen Prolog des Hohenlohe'schen Gymnasiums v. Willenbruch eingeleitet wurde, leistete man sich im Zuschauersitz ein gemeinsames Festessen. Der Vorkämpfer Meiering'schen bannte dem heiligen Schiller den Reichthum, die Inszenierung der Schiller-Aufführung und die Förderung der Vorkämpfer Herr Richards wieder dem Meiering'schen — und dann fuhr man nach Hause. Das sind die Schillerfeiern unserer herrlichen Klassen! Keine Verinnerlichung, keine Vertiefung in die Ideen und das Wesen des Dichters. Die braven Damen und Herren wären ja auch nach Lauchstädt gekommen, wenn es sich um die Ehrung eines verstorbenen Potentaten gehandelt hätte, den man kein anderes Verdienst zuschreiben konnte, als das, als Sohn eines Reichers geboren zu sein. Und dieser Umstand und viele andere Begleiterscheinungen der jetzigen Schillerfeier des offiziellen Deutschland haben es zumeist gebracht, daß das sozialistisch denkende und handelnde Proletariat diesen Feiern jedes Recht abspricht. Schiller als den übrigen zu reklamieren. Es trennt von Euch in eine ganze Welt!

Eine sozialistische Schillerfeier gibt's nicht. Die Saalezeitung zählt am Sonntagabend gemeinsam die jämmerlichen Feiern auf, die zu Ehren des Dichters in Halle stattfinden. Die der zahlreichen Bevölkerungsklasse, der Partei, die dem Sozialismus den Abgeordneten geben, existiert für sie nicht. Es ist nur gut, daß es nicht darauf ankommt, ob man von uns Notiz nimmt, unter S a a l e n j o r g t schon dafür, daß man an der Sozialdemokratie nicht mehr spürlos vorübergehen kann.

Achtung, Konsumvereins-Mitglieder!

In Ammendorf hat man in den letzten Tagen Mitglieder der Konsumvereins Ammendorf zum Gemeinde-Vorsteher beschieden und sie über die Höhe ihrer empfangenen Dividenden befragt. Das sonderbare Untersuchungs-Verfahren soll dem Zwecke dienen, die Dividenden zu beheuern. Da dieses neue Steuermandat auch anderwärts vielfach versucht werden wird, wird die Leitung des Ammendorfer Konsum-Vereins sofort Schritte tun, um diesen neuzustehenden Besteuerungsmodus von den Konsumvereinen fernzuhalten.

Es paßt ganz in das moderne Steuerthema unserer herrschenden Klassen, den Armen und Vermögenden die paar Pfennige zu beheuern, die sie sich durch gemeinsamen Einkauf ihrer Nahrungsmittel mühsam ersparen, und auf der anderen Seite die Reichen-Einkommen der Begüterten mit lächerlich geringen Beträgen zu belegen. Erst verteuert man durch unbändig hohe Zölle die sämtlichen Nahrungsmittel und dann besteuert man abermals den gemeinsamen Bezug derselben.

Eine solche Steuerpolitik muß den schärfsten Widerspruch aller Konsumvereins-Mitglieder finden. Daher ist dringend zu empfehlen, den diesbezüglichen Verfügungen mit größter Entschiedenheit entgegen zu treten.

Aus dem Stadterordnetenale.

Dies vierhundertgige Sitzung war getrennt die Tagesordnung reiflich aufgearbeitet. Welt kleine Saden; von 22 Punkten wurden 15 ohne Debatte erledigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab die Eingabe mehrerer Geschäftsleute, die zur Schlußaufgabe über herangezogen werden sollten und denen Zwangsmaßnahmen angedroht worden sind, falls sie sich nicht

bereitwillig freies, Anloß zu einer Debatte darüber, ob die Genehmigung der Gehühren-Bestimmungen im Haushalt dem Magistrat nur auch ohne weiteres das Recht gibt, die Gehühren zu erhöhen. Die Angelegenheit wird in der nächsten Sitzung behandelt werden, und der Magistrat gab die Zustimmung ab, bis zur vollständigen Klärung keine Zwangsmaßnahmen gegen säumige Gehührenzahler zu ergreifen.

Am Voranlass für den Bau der Oberkreuzstraße auf dem Pfarracker zwischen West- und Richard-Kaplanstraße waren von der Baukommission Abschnitte im Gesamtbetrage von etwa 32 000 Mk. gemacht worden. Trotzdem folgte der Bau kaum Einrichtung an 650 000 Mk. Der Grund und Boden war nur zum Selbstverkaufspreis mit 4 Mark pro Quadratmeter eingestuft. Die Stadtv. Schmidt und Gummer machten darauf aufmerksam, daß jetzt in der Nachbarschaft das Quadratmeter 20, je 25-40 Mk. kostet, so daß die erforderlichen 6000 Quadratmeter nicht mit 18 000 Mk. eingekauft werden könnten sondern 120 000 bzw. 210 000 oder 240 000 Mk. Nun ist freilich die Konsequenz der Anregung die, daß dann geteilt wird das Vermögen der Stadt um etwa 200 000 Mk. anzuheben würde, ohne daß wir doch einen roten Fleck in die Hemme mehr hätten.

Ein Gehöfen von rund 26 800 M. wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen den hiesigen Bierbrauereien zugewendet. Das kam so: Seit Jahren ist die Brauereizölsteuer vom Staate den Kommunen überlassen worden. Einzelne Kommunen, darunter Halle, zahlen den Brauern den Teil der Steuer, der auf das nach auswärts abgelegte Bier entfällt, zurück. Die Steuer wird also vom Wälg erhoben, aber nach der Menge des Bieres zurückvergütet. Man stellte sich darüber heraus wie bei der Zuckersteuer. Es war angenommen worden, daß aus einem Zentner Wälg fünf Hektoliter Bier gebraut würden. Auf fünf ausgefüllte Hektoliter Bier wurde dann die Steuer für einen Zentner Wälg rückvergütet. Die fortgeschrittene Technik produzierte aber aus dem Zentner Wälg nicht fünf sondern sechs Hektoliter. Den Brauern wurden demnach bis zwanzig Prozent und darüber hinaus mehr an Steuer zurückgezahlt, als sie beanspruchten durften. Diesem Zustande machte die Aufhebung des Erbschafts über die Rückvergütung der Wälgsteuer ein Ende. Voriges Jahr haben die hiesigen Brauer deshalb eine Rückvergütung erhalten. Nach Fertigstellung und Genehmigung des neuen Statuts will nun der Magistrat die 26 800 M. trotzdem den Brauern auszahlen, obwohl ein rechtlicher Anspruch darauf nicht vorliegt. Stadtv. Biele sprach dagegen, daß diesen unsere Genossen mit ihrem Wälgpreis allein. Die notleidenden Brauer werden die 26 800 M. erhalten.

Eine Anfrage des Stadtv. Gummer, ob es wahr sei, daß die Burquine Milchbestände von der Regierung dem General Bohnke übergeben werden sollte, fand keine Beantwortung, obwohl Herr v. Holly zur Erörterung einer Auskunfts bereit zu sein schien. Der Vorsteher erhob jedoch Einspruch, weil die Frage durchaus nicht zum Beratungsgegenstande, Landankauf in der Seebenerstraße, passe. Das war richtig. Aber die Antwort hätte in derselben Zeit gegeben werden können, die von der Geschäftsordnungsdebatte beantragt wurde.

Die sterilisierte Kindermilch soll zu denselben Preisen abgegeben werden wie die gewöhnliche Vollmilch. Wegen die von der Finanzkommission beantragten Kontrollmaßnahmen sprachen nicht nur der Stadtv. Prof. Polshofer und Hage, sondern erstensverweise auch Dr. Buch. Der Anwesende habe vorgeschlagen, daß solche sterilisierte Milch getrunken, die nur dann zu den Säuglingen gerechnet werden können, wenn man das Säuglingsalter auf tausend und zweiwundert Wochen ausdehnt. Sterilisierte Milch ist bekanntlich keine besondere Nährmilch, wie manche große Kinder anzunehmen scheinen, sondern gewöhnliche Milch in der nur die Keime vernichtet sind, die Säuglingen gefährlich werden können, aber nicht einmal größeren Kindern, geschweige denn Erwachsenen irgendwie schaden. Sterilisierte Milch schmeckt bei weitem nicht so gut wie gewöhnliche Vollmilch.

In der geschlossenen Sitzung werden angefaßt die Politischen Wälg (Nr. 33) und Wälg II (Nr. 150) in zweiter, Wälg III (Nr. 190) in erster Lesung. Der Wälg III sollte dem beiden hiesigen Beamten Hager und Wälg III anlässlich ihrer 25-jährigen Diensttätigkeit je ein „Grußgeld“ von 300 Mk. geben. Die Finanzkommission hatte die Forderung abgelehnt. Gelter zog der Magistrat die Vorlage vorläufig zurück. Ein Votum von 500 Mk. für die Armen und von 3000 Mk. für Unterhaltung von fünf Erbgüterbüchsen wurde von Frau Wälg angenommen. Als Armenpflieger für den 13. Armenbezirk wurde Professor Müller, Südwegstraße 7, best. und für den 21. Bezirk Kaufmann Wälg, Wettinerstraße 7. An Stelle des erkrankten Hauptmanns Röcher wurde Major a. D. Haupt, Germerstraße 5, in den Gemeinde-Steuerausschuß gewählt.

Wälg-Ausstand.

Die Situation des Ausstandes ist heute nicht sehr verändert. Die Zahl der Streikenden wird dadurch verringert, daß die ledigen Kollegen fast alle abreisen. Die Unterschritten resp. Annahmen des Laris mehren sich, so ist immer mehr Gelegenheit geschaffen, die verkehrten Kollegen unterzubringen. Die Stellungnahme der Zinnung ist eine solche, die erwarten läßt, daß ein völliger Tarifschluß recht bald erfolgt.

In der getrennt abend stattgefundenen Zinnungs-Versammlung scheint ja die Macht der einzelnen Wortführer und Einflüsse nicht einmal gefestigt zu haben, trotzdem wurde doch der Wälgbeschl. auf 48 Pf. erhöht.

Eine ebenfalls getrennt stattgefundenen Gehilfenversammlung würde sicherlich dieses Angebot angenommen und somit den Streik beendet haben, wenn auch der Tag für Anreicher und Junggeheilen eine Erhöhung erfahren hätte.

Da dies nicht geschah war, konnte die Versammlung nicht so ohne weiteres ihre Zustimmung geben. Nach langer, teilweise auch erregter Debatte einigte man sich und fand folgende Resolution gegen 6 Stimmen Annahme:

Die heutige außerordentliche Versammlung der Gehilfen nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Zinnungsversammlung vom 8. Mai, nach welchem der Wälgbeschl. für ältere Gehilfen auf 48 Pf. erhöht werden soll. Die Versammlung kann jedoch den Angebot nicht ohne weiteres zustimmen. Um aber ein für alle Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das anstehende Problem zu lösen, beantragt die heutige Versammlung den Vorstand, bei dem Vorliegenden das Gehilfenvereins eine Verbindung vor dem Einigungsamt zu beantragen, welche eine Beratung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter unparteilicher Leitung ermöglicht.

Die Anrufung des Einigungsamtes erfolgt um deswillen, weil die Zinnungsversammlung nicht sämtlich der Zinnung angehören; ein großer Teil liegt der Zinnung fern. In diesem sind aber sehr viel Kollegen beschäftigt. Jeder Fall dieser Art von den Verhandlungen ausgeschlossen. Damit dieser Teil nicht majorisiert wird, so soll vor dem Einigungsamt eine entgeltliche Beratung erfolgen.

Die Verammlung machte es nochmals allen ledigen Kollegen zur Pflicht, Halle zu verlassen, da fortwährend Leute nach außerhalb verlangt werden. Die Stimmung der Verammlung war eine solche, daß man mit guter Zuversicht dem Verlauf der Lohnbewegung entgegenzusehen konnte.

Die Lohnkommission

Lohnbewegung der Böttcher.

Nachdem die Lohnkommission im vorigen Jahre bei den Hausfluten und Defibrillen eine Lohnaufbesserung durchgeführt hatte, wurde sie in diesem Jahre bei den Weibern vorstellig. Nach mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen von Seiten der Jungmänner und der Lohnkommission des Verbandes wurde ein Vertrag auf drei Jahre, also bis 1. April 1908, mit der hiesigen Jungmänner abgeschlossen.

Folgende Vereinbarungen wurden getroffen: Der Mindestlohn beträgt 40 Pf. pro Stunde, Wasser, Feuer und größte Arbeiten 45 Pf., für Überstunden ein Aufschlag von 5 Pf., für Sonntagarbeit ein solcher von 10 Pf. Die Vorkarbeit ist gänzlich im Besonderen genommen. Zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten ist eine Kommission aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern gewählt. Jeder hat Weiber 3 an der in der Klausurzeit es vorgezogen, seinen Weibern, welcher vier Jahre bei ihm beschäftigt war, und in deren Jahr ein Auge vollständig bei der Arbeit erkrankt hat, zu entlassen, anstatt den erhöhten Lohnsatz, welcher aus dem Jahr zehner in der Jungmänner anerkannt werden ist, zu zahlen. Er will sich lieber fertige Ware (Waldschuhe) von auswärtigen Lieferanten lassen. Wir wollen nun bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die von auswärtigen Lieferanten beschaffene Arbeit und Dauerhaftigkeit bei weitem nicht den Ort angefertigten gleichkommt.

Die Lohnkommission

des Zentralvereins der deutschen Böttcher.

Die Schafmacherei im Schneidergewerbe.

In der gestern abend stattgefundenen außerordentlichen General-Verammlung des Verbandes der Schneider, wurde das schon in der letzten Nummer des Weibblattes gemeldete, hinterbrachte Heftchen des Arbeitgeber-Verbandes im Schneidergewerbe einer eingehenden Würdigung unterzogen. Die Verammlung hat nach dem energischen Protest aller Weiber nachfolgende Resolution angenommen:

Die am 8. Mai tagende außerordentliche General-Verammlung des Verbandes der Schneider, Filiale Halle a. S., hat Kenntnis genommen von dem beachtlichen rigorosen Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes unserer Organisation gegenüber. Sie vertritt energisch gegen den anmaßenden Ton, den der Arbeitgeber-Verband als die uns unerschütterlichen Behauptungen, welche die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellen, zurück. Die Verammlung verurteilt, in dem Falle, daß sich der Arbeitgeber-Verband versucht fühlen sollte, uns einen Kampf aufzubringen, diesen Kampf einmütig aufzunehmen und dann bis zum Siege unseres guten Rechts auszuhalten. Die Verammlung muß es auch ablehnen, eine Verantwortung für einen etwaigen Kampf zu übernehmen und erklärt ausdrücklich, daß nicht wir, sondern der Arbeitgeber-Verband denselben provoziert.

Der Verband steht also gerüstet da; wir können mit festem Blute der Dinge harren, die da kommen sollen. Als Beweis unserer Friedensliebe und Langmut soll jedoch noch angeführt sein, daß die von uns beantragten Unterhandlungen vor dem Generalgericht bezüglich unserer Tarifverträge immer noch nicht stattgefunden haben. Die Schuld hieran liegt nicht an uns, sondern zumeist an dem Arbeitgeber-Verband, der es durch allerlei Weiselspiele verhindert hat, die Sache zu vergrößern. Wären wir diejenige, als die wir bezeichnet werden, so wäre schon am 15. März oder spätestens am 1. April der Streit beigegeben. Der Arbeitgeber-Verband mag sich jedoch gefaßt sein lassen, daß wir auch sein Vorgehen in unserer örtlichen Angelegenheit zu geeigneter Zeit ins rechte Licht stellen werden.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands, Filiale Halle.

Alkohol!

Von einem alten Parteigenossen wird uns geschrieben: Wohl keine Untugend fordert mehr Opfer als der Alkohol-Konsum in hartem Mangel; nicht nur, daß dieser Stoff Geist und Körper degeneriert, er ist auch der Veranlasser, daß ein sehr großer Teil der Gerichtsverhandlungen aus ihm entspringt. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es Pflicht der Gewerkschaften sowie politischen Vereine ist, diese Frage mehr ins Auge zu fassen, als es bisher der Fall gewesen ist. Wenn wir auch viele Verbindungen (z. B. Studentenvereine) in den Reihen unserer Gegner haben, deren Hauptbetreibungen nach möglichst hohem Konsum in Alkohol gehen, so darf das für die Aufgabe der Gewerkschaften durchaus nicht als Entschuldigung gelten, weil vielmehr entgegen, die aus dem Alkohol-Konsum resultierenden und ekelregenderen Vorurteile mit der Wurzel beseitigen zu helfen. Und das kann nur gelingen, wenn man sich bemüht, den Alkohol-Konsum mindestens auf ein beherrschendes Maß zurückzuführen. — Wer sich betrinkt, hat aufgeführt ein Mensch zu sein!

Haben wir nicht gerade jetzt Gelegenheit zu sehen, wozu der Alkoholteil das Menschengeschlecht führt? Der verschäufte und dadurch verteilte russische Soldat z. B. mordet, ohne die geringsten Gewissenskrämpfe zu empfinden, Vater und Mutter. In Schillers Räubern wird der Vatermörder als das ausschließliche Gebrandmarkt, was nur existieren kann, und als Schiller dieses Stück schrieb, war das Volk noch nicht so weit entwidelt, als es heutzutage vorgeht zu sein. Es gehört die ganze Verworfenheit eines Menschen dazu, seine Angehörigen auf die Weise der herrschenden Klassen zu verderben. Daher ist es eine weitere Pflicht der überzeugten Sozialdemokraten, in den Gewerkschaften und anderen Vereinen die größte Sorgfalt auf die Erziehung des jungen Nachwuchses zu legen, diesen zu einer wirklichen Menschheit, die Gefühl für das Schöne und Gute hat, zu erziehen, und dadurch der Nothzeit entgegen zu arbeiten. Erst wenn ein jeder seine Pflicht nach jeder Hinsicht voll erkannt haben wird, kann von dem Ausbruch eines Weiber-Sträflings gesprochen werden, denn dann wird keiner den andern in irgend eine Weise beinträchtigen.

Wenn der junge Mann der Schule entwischen ist, suchen die diversen Junglingsvereine oder dergl. denselben an sich heranzuziehen, oder der junge Mensch sucht den Tanzboden, die Kneipe zc. auf und glaubt er sich nicht vollbracht zu haben, wenn er betrunken gewesen ist, lange getrunken oder ihn-lichen vollbracht hat. Nehme sich die organisierte Arbeiterchaft dieser Leute an und behandle sie als gleichberechtigt. Dieser Leute ist die Folge lehren, daß kein schlechterer Mensch ist, als derjenige, der sich durch Ausschlag, Verschlingungen, leichtverständliche Vorträge zc., das Gute und Schöne erkennen zu lernen, so werden sie einem Kneipen- und Tanzboden-Leben, Nothzeiten zc. keinen

Genuß abgewinnen können, sondern diesen in der Natur und in Erben unseres Erbloses zu finden suchen. Insofern ihre Arbeit zu probieren und Sie werden glücklich müssen, daß die meisten eines Raismens hinter dem Kneipen-erleben leichter und zweitens bedeutend höher ist, wie der eines Maurers, welcher in Wind und Wetter seine Arbeitskraft billig verkaufen muß, um sein Dasein zu fristen.

Die Arbeiterchaft von Bettin wird die Stellung des Streikers zur Lohnbewegung der Maurer im Gedächtnis behalten. In einem anonymen Brief, welcher der Behörde überreicht wurde, wird den streikenden Maurern vorgeworfen, daß sie den ihr Arbeitswilligen die Knochen knurren schlagen wollten. Der Inhalt beruht auf solcher Aufjuchung, da dies nur ein Nachwort der Unternehmung ist, um den Schuß der Behörde auf ihre Seite zu haben. Es ist ja in jedem Falle herausgegebenen Flugblatt bezeugt, mit welchem falligen Argumenten die Unternehmer arbeiten, alle bezichtigten Verhältnisse werden den Maurern in die Schuhe geschoben. Aber bis jetzt muß die Behörde selbst zugeben, daß sich die Streikenden müßerhaft verhalten.

Die Lohnkommission.

Aus den Nachbarvereinen.

Zangerhausen. (Eig. Ber.) Guttsberken. Wegen Untreue und Betrügerei wurde vom Landgericht Halle angeklagt der Agent Reinhold Kretschmann, der Kaufmann Morz Bar und ein anderer Agent von Halle. Die Tat sollte begangen sein vom Jahre 1903 bis 1904 gelegentlich des Verkaufs des Gutes des Landwirts Albrecht König von Mohringen. Letzterer hatte schon im Jahre 1903 dem angeklagten Kretschmann den Auftrag erteilt, sein Grundstück zu verkaufen. König verlangte 72 500 M., unter der Vereinbarung, den Betrag der Kretschmann mehr wie 72 500 M. erhalten, und müge es noch so hoch sein, könne er als Provision beanspruchen. Kretschmann will sich lange Zeit um den Verkauf bemüht haben, als er aber schließlich krank wurde und nicht mehr gehen konnte, kam König zu ihm, und beide erklärten die Vollmacht für aufgehoben. Kummert erhielt Bar den Auftrag, das Grundstück für 70 000 M. unter ähnlichen Bedingungen wie Kretschmann zu verkaufen. Bar setzte sich dann mit dem halleschen Restaurateur Schmalob, einem Schwager Kretschmanns, in Verbindung, der in Halle ein Grundstück besitzt und beabsichtigte, Königs Grundstück durch Kaufvertrag für 75 000 M. zu erwerben. Bar tauchte dabei 5000 M. an, und trat diese Forderung von 5000 M. für 3000 M. an die Ehefrau des mitangeklagten Agenten an. König hatte 9000 M. an wenig Hypotheken auf seinem Grundstück angegeben, und Kretschmann hatte seine erste Vollmacht zu unrichtigen Entwürfen benutzt. Die ganze Sache war ziemlich kompliziert. Als Verkäufer und Agenten eines Tages in Zangerhausen zur Abweidung des Geschäftes zusammengekommen waren, traf von Halle eine Depeche ein, in der König mitgeteilt wurde, daß der ganze Verkauf auf Schwindel beruhe. Dem Verkäufer wurde dann mitgeteilt, daß man beabsichtigt habe, ihn aus seinem Grundstück hinauszuweisen.

Die Verhandlung vor dem halleschen Landgericht gestaltete sich sehr umfangreich und führte schließlich dahin, daß der Staatsanwalt gegen Kretschmann 3 Monate und gegen die anderen beiden Angeklagten je 5 Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht kam aber zu der Ansicht, daß ein non liquet (nicht aufgeführt) vorliege und sprach die drei Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung hieß es, das Gericht habe kein Verbrechen gegen die Anlage des Hauptbelastungszugehörigen König gehabt. Seine Aussage werde auch durch vorgelegte Urkunde unterstützt. Außerdem sei auch durch Anspruch an jene Provisionforderung von 5000 M. die die Frau des mitangeklagten Agenten abgetreten wurde. Da es aber sehr wahrscheinlich erweise, daß die Angeklagten in jedem Falle gehandelt haben, sei das Gericht zur Freisprechung gekommen.

Aus dem Zeit-Weihenfelder Kohlenverein.

(Eig. Ber.) Vorgetragten laufen aus dem ganzen Revier, und zwar von allen Seiten der sämtlichen in Betracht kommenden Gesellschaften, Weihenfelder über Mischstände bei uns ein, so daß es geüben erscheint, dieselben zu veröffentlichen, damit, wenn keine Hilfe geschossen wird, es dann möglicherweise zum Konflikt kommt, die Behörden sowohl als die Unternehmer nicht davon kommen, sie hätten nichts gewußt und die Arbeiter wären nur verkehrt worden.

Vor allem ist es die als sehr christlich geltende Raumburger Braunfels-Altien-Gesellschaft, und zwar die Grube S a e r a b, no über das Gebahren der dortigen Betriebsleitung große Erregung unter den Arbeitern herrscht. Dieses kann auch dem Obersteiger Herrn Zwanzig nicht unbenommen sein, denn Zwanzig ist die Erregung schon seit Monaten 1/2-1 1/2 pro Wochen abgelesen, in auch trotzdem täglich auf der Grube gebietet wird: Unter täglich Brot gib uns heute. Der will Herr Zwanzig es vielleicht nicht bringen, daß diese Bitte des Gebetes durchsichtig in Erfüllung gehen soll, indem die Bergarbeiter nur noch so viel verdienen, um das trockene Brot zu haben? Herr Zwanzig wird doch als praktischer Geschäftsmann wissen, daß der Mensch, und vor allem auch der Bergarbeiter für einen Menschen und nicht bloß als ein Arbeiter, sein Leben neben dem Brot noch etwas anderes auch gebraucht. Es wird ferner gesagt über das alzu schwache Gedächtnis des Zeigers Schade. Dieser Herr soll sagen, wie sehr ich verzeihen, die Stunden aufschreiben, welche die Arbeiter im Schichtplan gemacht haben. Auch das Arbeiter von der Aktienbahn beim Braunsfelde helfen müssen, nicht genügend Einkommen vorhaben ist ein Beweis.

Wir fragen, ist denn dieses alles der als sehr human geltende Direktion bekannt? Wir glauben wohl kaum, denn sonst könnte die Direktion bei verschiedenen Weihenfeldern nicht ausgeführt haben, daß in ihren Betrieben die Arbeiter sich nicht alzu sehr abspalten brauchen, um für Auskommen zu haben. Die von Schwach durchdrungen Arbeiter der Arbeiterbelagen das Gegenteil. Wird hier keine Abhilfe von den genannten Mischständen geschaffen, so darf man sich an geeigneter Stelle nicht wundern, wenn der immerwährende Schmelz bei Weihenfeldern, daß die Direktion und die Arbeiterwelt in letzter guter Harmonie sich befinden, auch von dem tüchtigsten Arbeiter für Phrasen, was es in Wirklichkeit ja auch ist, gehalten

